

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/207

Bonn, den 14. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Die Plattform ist gegeben

48

Klarheit in den Sachfragen der deutschen Politik
Jetzt haben die anderen Parteien das Wort

2.

Frieden und Freiheit für ganz Europa

45

Zum 7. Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der EWG in Berlin

Von Hans-Eberhard Dingels

3 - 4

Auf dem Wege nach Europa

96

Großbritannien und die EWG

Von Egon C. Heinrich

5 - 6

Mitteldentscher Alltag

66

Das "Notstandsrecht" Ulbrichts
Wenn ein Dieb den ehrlichen Mann markiert

Von Dr. Manfred Geßner

* * *

Die Plattform ist gegeben

Klarheit in den Sachfragen der deutschen Politik
Jetzt haben die anderen Parteien das Wort

sp - Das von der SPD am vergangenen Wochenende veröffentlichte Sachprogramm als Basis für Verhandlungen über die Bildung einer neuen Bundesregierung hat erfreulicherweise ein starkes Echo gefunden. Dies zeigt, daß die deutsche und internationale Öffentlichkeit es müde ist, politische Absichten dieser oder jener Partei in Form von Interviews oder Sonntagsdeklamationen zur Kenntnis nehmen zu müssen; anderenfalls wäre das Echo nicht so stark und positiv.

Die Deutsche Sozialdemokratie bestätigt damit einmal mehr ihre Rolle als konstruktives Element der deutschen Demokratie. Wo andere sagen, man müsse ihnen "auf Gedeih und Verderb" (1) folgen, zeigt die SPD neue Wege zu einer besseren deutschen Politik.

Die sozialdemokratischen Vorschläge sind ein Appell zur Liquidation einer von der CDU/CSU herbeigeführten schier ausweglosen Situation. Die bisher in Bonn Regierenden müssen sich darüber klar sein, daß es sich bei alledem, was jetzt kommt, nicht um die Fortsetzung einer falschen Politik, sondern um die Gestaltung neuer Ansätze zu einer konstruktiven deutschen Politik nach innen und außen geht.

Bewußt verbindet daher die SPD in ihrer programmatischen Erklärung die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Erfordernisse mit neuen Vorschlägen zur Deutschland- und Außenpolitik.

- * Denn: Nur wenn es gelingt, das Haus, in dem wir wohnen, in Ordnung zu bringen und seine Fundamente zu stärken, wird es möglich sein, die deutschen Interessen im wohlverstandenen Sinne nach außen zu vertreten und sich im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern zu behaupten. Jedes Weiterwärteln könnte der Tod der deutschen Demokratie sein.

Die Sozialdemokratie will, daß unser Volk eine politische Führung erhält, die zielbewußt noch vorhandenes Mißtrauen gegenüber Deutschland abbaut und überzeugend darstellen kann, daß von Deutschland aus neue Impulse zur Entspannung zwischen Ost und West und damit zur Sicherung des Friedens in Europa ausgehen werden. Die beste Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre zum Scheitern verurteilt, gelänge es nicht, einen deutschen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten. Die Welt erwartet das von uns.

Ohne die Sozialdemokratie ist eine bessere deutsche Politik nicht möglich. Das hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt und ist nach der Wahl Niederlage der CDU im volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, erst recht deutlich geworden. Hieraus ergibt sich auch für die SPD die große Verantwortung, alle Verhandlungen über die Bildung einer künftigen Regierung so zu führen, daß die **S a c h f r a g e n** im Vordergrund bleiben. Nachdem die anderen Parteien nicht bereit waren, die Klärung der durch die CDU/CSU verursachten verworrenen Situation durch Neuwahlen des Bundestages herbeizuführen, muß jetzt in einem harten Prozeß der Vorbereitung sachlicher Entscheidungen für eine bessere Politik die notwendige Plattform geschaffen werden.

Wie sich die SPD das vorstellt, hat sie gesagt. Das Wort haben jetzt die anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

Frieden und Freiheit für ganz Europa.

Zum 7. Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der EWG in Berlin

Von Hans-Eberhard Dingels

Der 7. Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, der am 17. und 18. November 1966 in der Kongreßhalle in Berlin stattfindet, wird nicht nur die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sehr stark interessieren, sondern darüber hinaus große Aufmerksamkeit in allen Teilen Europas finden.

Das politische Engagement der sechs sozialdemokratischen Parteien aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft für ein integriertes Europa und für den Ausbau der Sechser-Gemeinschaft erfährt durch diesen Kongreß eine weitere Bestätigung. Angesichts der kürzlich erfolgten Stellungnahme des britischen Premierministers Harold Wilson zu der Frage des Beitritts seines Landes zur EWG ist der Berliner Kongreß von großer Aktualität.

Unter den Kongreßthemen verdienen besonders die nachfolgenden großes Interesse: Frau Käthe S t r o b e l, Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzende der Soz. Fraktion des Europäischen Parlaments, wird dem Kongreß den Tätigkeitsbericht ihrer Fraktion vorlegen und sich besonders mit den Fragen der Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften und mit der Tätigkeit der Gemeinschaften auf den Gebieten der Agrar-, Energie- und Wettbewerbspolitik befassen.

Frau Dr. Ilse E l s n e r, MdB, leitet mit ihrem Referat das Thema "Eine mittelfristige Wirtschaftspolitik für Europa" ein. Dr. M a n s h o l t, Vizepräsident der EWG-Kommission und Giuseppe L u p i s, Staatssekretär im italienischen Außenministerium, werden gemeinsam zum Problem "Die europäische Gemeinschaft - ihre Verantwortung und Aufgabe in Europa und in der Welt" Stellung nehmen. Die Erörterung dieses Themas umfaßt besonders die Beziehungen zwischen EWG und EFTA, die Fragen der NATO-Politik und der atlantischen Zusammenarbeit, die West-Ost-Beziehungen und die Entwicklungspolitik.

Wie sehr die SPD und ihre sozialdemokratischen Bruderparteien in der Europäischen Gemeinschaft die Bedeutung dieses Kongresses sehen, zeigt sich z.B. an der Zusammensetzung der deutschen Delegation, der u.a. der SPD-Vorsitzende Willy B r a n d t, sein Stellvertreter Herbert W e h n e r, Professor Carlo S c h m i d, Kurt M a t t i c k, der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Heinz K ü h n und Dr. Karl M o m m e r angehören.

Die sozialdemokratischen Parteien der EFTA-Länder entsenden als Beobachter prominente Vertreter ihrer Partei, darunter den früheren österreichischen Außenminister Dr. Bruno K r e i s k y.

Berlin und Europa bilden nicht nur eine geographische, sondern auch eine politische Einheit. Der 7. Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft wird dazu beitragen, den Teilnehmern und Gästen dieser internationalen Veranstaltung die brennenden europäischen Probleme an einer entscheidenden Nahtstelle zwischen West und Ost vor Augen zu führen.

Auf dem Wege nach Europa

Großbritannien und die EWG

Von Egon C. Heinrich

Großbritannien ist auf dem Wege nach Europa. Die kürzlich im Landhaus Chequers des britischen Premierministers abgehaltene Klausurtagung der britischen Regierungsspitze über die Europapolitik hat sehr rasch positive Ergebnisse gezeigt. Mit seiner jüngsten Erklärung vor dem Unterhaus gab Premierminister Wilson nun grünes Licht für die Wiederaufnahme der 1963 durch de Gaulle abgebrochenen Beitrittsverhandlungen zwischen England und der EWG. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Initiative das Ergebnis der Konferenz von Chequers sieht.

Anfang 1967 will die Regierung Wilson Sondierungsgespräche mit den Regierungen der sechs EWG-Länder aufnehmen, um die Aussichten für Englands Eintritt in den Gemeinsamen Markt abzuklären. Bereits am 5. Dezember soll in London eine Konferenz der sieben EFTA-Staaten stattfinden, auf der die Briten ihren EWG-Vorstoß mit ihren Partnern aus der Kleinen Freihandelszone beraten sollen. Es ist damit zu rechnen, daß sich Dänemark, Norwegen und Irland dem Schritt Englands anschließen werden. Die neutralen EFTA-Länder Schweden und Schweiz lehnen dagegen eine enge Verbindung mit der EWG ab; sie treten eher für eine großeuropäische Freihandelszone ein und setzen ihre Hoffnungen vorerst auf einen Erfolg der Zollsenkungsverhandlungen in der Genfer Kennedy-Runde. Zwischen der EWG und Österreich laufen bereits seit längeren Assoziierungsverhandlungen.

Noch in dieser Woche

Noch in dieser Woche wird das englische Unterhaus zwei Tage lang über die Europa-Erklärung Wilsons debattieren. Mit einer Abstimmung ist zwar noch nicht zu rechnen. Fest steht aber, daß die große Mehrheit des Parlaments und der öffentlichen Meinung in Großbritannien den Eintritt in die EWG befürwortet. Nur eine kleine Gruppe der Labour-Party und der Konservativen lehnt eine Hinwendung zum europäischen Kontinent und den Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte ab. Man sollte aber in der Bundesrepublik jenen Stimmen nicht zu viel Gewicht beimessen. Schließlich gibt es auch innerhalb der EWG scharfe Gegner der Integration. Die Unterhausdebatte dürfte auch Klarheit darüber bringen, welche Interessen das Vereinigte Königreich bei seinem EWG-Beitritt gewährt wissen will und welche Bedingungen es zu akzeptieren bereit ist. Die von dem früheren Labour-Vorsitzenden Gaitskell formulierten fünf harten Beitritts-Bedingungen werden jedenfalls von Wilson in ihrer ursprünglichen Fassung nicht mehr aufrecht erhalten. Andererseits dürfte er auch nicht wie die Konservativen einen EWG-Eintritt um jeden Preis anstreben.

Mit ihrem Vorschlag, zunächst in Einzelgesprächen mit den Regierungen der EWG das Terrain zu sondieren, hat die Regierung Wilson die Beitrittsfrage aus dem Stadium der Deklamationen und unverbindlichen Bekenntnisse herausgeführt. Von den Sondierungsgesprächen bis zur Vollmitgliedschaft Englands ist selbstverständlich noch ein weiter Weg. Aber nach dem Brüsseler Fiasko vom Januar 1963 besteht nun wieder neue Hoffnung auf die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unerläßliche geographische Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft.

Nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt hat die Regierung Wilson mit ihrer Erklärung "den Wunsch vieler Menschen in Europa entsprechen und die Hoffnung derjenigen gestärkt, die sich die Europäische Gemeinschaft ohne Großbritannien nicht vorstellen konnten. Seine reichen parlamentarisch-demokratischen Erfahrungen und sein Wirken im Rahmen eines Staatenverbandes werden dem wachsenden Europa eine Hilfe sein können".

Es liegt auf der Hand, daß die britische Regierung nicht ein zweites Mal ein Scheitern von Beitrittsverhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt riskieren will. Ein erneutes Fiasko würde die Erweiterung der EWG auf unabsehbare Zeit unmöglich machen und wohl auch zum Zerfall der EWG führen. Diesseits und jenseits des Kanals sollte man sich daher der großen politischen Bedeutung und Verantwortung der bevorstehenden Verhandlungen bewußt sein. Diese werden nur dann erfolgreich sein, wenn auf beiden Seiten der politische Wille zum Erfolg vorhanden ist. Die von Wilson vorgeschlagenen zweiseitigen Regierungsgespräche sind daher der richtige Weg. Sie werden zeigen, ob in formelle Beitrittsverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg eingetreten werden kann. Der EWG-Vertrag gibt jedem der sechs Mitgliedsländer das Recht, die Aufnahme eines weiteren Staates zu verhindern. Nach den Römischen Verträgen sind die Beitrittsverhandlungen nämlich eine Angelegenheit primär der Regierungen und nicht der Gemeinschaftsorgane EWG-Kommission oder Rat.

Weitgehend von Paris abhängig

Nachdem London nunmehr seinen Beitrittswillen eindeutig erklärt hat, hängt der Erfolg auch diesmal weitgehend von Paris ab. Noch kann niemand mit Sicherheit sagen, ob de Gaulle nicht wieder ein Veto gegen Englands Aufnahme einlegen wird. Es hat den Anschein, als ob Paris seine Forderungen so hoch schraubt, daß sie von London einfach nicht akzeptiert werden können. In einem Kommentar zu Wilsons Erklärung meint die Londoner "Times" zur Haltung Frankreichs: "Der über dem ganzen Unternehmen hängende Zweifel rührt natürlich von der Haltung Frankreichs her. Wird Präsident de Gaulle Wilsons Erklärung als Beweis dafür sehen, daß "ein großes insulares Volk" endlich entschlossen ist, sein Schicksal mit dem des Kontinents zu verbinden? Wahrscheinlich nicht".

Indessen könnte de Gaulle in seiner anti-englischen Einstellung noch dadurch eine gewisse Stärkung erfahren, daß sich bei der Wahl des CDU-Kanzlerkandidaten ganz offensichtlich der gaullistische Flügel der Unionsparteien durchgesetzt hat. Sollte Kiesinger Bundeskanzler werden, so ist mit einer starken Annäherung der deutschen an die französische Politik zu rechnen. Der CSU-Vorsitzende hat dies und seinen Eintritt in ein eventuelles Kabinett Kiesinger offenbar zur Voraussetzung für die Unterstützung des CDU-Kanzlerkandidaten durch seine Partei gemacht. Nun ist eine Verbesserung der desolaten deutsch-französischen Beziehungen ohne Zweifel sehr vonnöten. Nur sollte man dem französischen Partner klarmachen, daß die Bundesrepublik den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt wünscht. Zu diesem Zweck könnte der Konsultationsmechanismus des deutsch-französischen Vertrags mit neuem Leben ausgefüllt werden. Die Europapolitik wird mit das wichtigste Bewährungsfeld der neuen Bundesregierung werden müssen.

Mitteldeutscher Alltag

Das "Notstandsrecht" Ulbrichts
Wenn ein Dieb den ehrlichen Mann markiert

Von Dr. Manfred Geßner

Kritiker des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik übersehen meist die Tatsache, daß auch die Zonenregierung beansprucht, für ganz Deutschland zu sprechen. "Die Deutsche Demokratische Republik... ist Repräsentant der deutschen Nation", lautet es im "Gesetz zur Verteidigung der DDR", das vor fünf Jahren am 20. September 1961 verkündet worden ist. Was Ulbricht für sich in Pacht genommen zu haben glaubt, verleundet er - auf die Bundesrepublik bezogen - als "Revanchismus und Kriegshetze". Mit welchem Recht? Man muß sich darüber im klaren sein, daß der Verzicht auf den Anspruch zur Folge hätte, daß dieser ab nun von der Zonenregierung allein vertreten würde. Wäre damit tatsächlich der Sache Deutschlands gedient?

Doch besonders einige andere Bestimmungen des Gesetzes verdienen Beachtung. Nach § 4, I kann nämlich der "Staatsrat" bei Gefahr oder Auslösung eines Angriffes gegen das Regime den Verteidigungszustand ausrufen. Die SED-Führung darf also darüber entscheiden, wann eine Bedrohung eingetreten ist. Der kommunistischen Propaganda zufolge droht jedoch ständig Kriegsgefahr von den westlichen "Revanchisten, Kapitalisten und Militaristen". Und es versteht sich beinahe von selbst, daß die Führung der SPD und des DGB gleichermaßen gemeint sind. Hysterie und Unsinnigkeit dieser Parolen sollen hier nicht untersucht werden. Vielmehr gilt es das Augenmerk auf das Ausmaß der Willkür zu lenken, das der SED-Spitze durch diesen Paragraphen eingeräumt wurde. Niemand in ihrem Herrschaftsbereich ist befugt, sie daran zu hindern, beispielsweise bei innerpolitischen Schwierigkeiten den Ausnahmezustand zu proklamieren. Der Vorsitzende des "Staatsrates", Ulbricht, kann dies tun, ohne an eine Form gebunden zu sein. Damit wird sogar das Ermächtigungsgesetz Hitlers übertroffen.

Vollens tritt der totalitäre Charakter des Gesetzes durch die Anordnung zutage, daß der "Staatsrat" während des Verteidigungszustandes, also gleichfalls in Friedenszeiten, "Rechte der Bürger und die Rechtspflege abweichend von der Verfassung regeln" kann. Das heißt: die Verfassung wird außer Kraft gesetzt. Die Bevölkerung hat zu gehorchen. Be-

schwerde- oder Berufungsinstanzen sind nicht vorgesehen. Sie wären auch nicht sinnvoll, denn die zitierte Bestimmung verschafft ja den kommunistischen Machthabern die Möglichkeit, Sondergerichte einzuberufen und vor allem ihre personelle Zusammensetzung vorzuschreiben.

Geradezu fatal wird man an das Ermächtigungsgesetz Hitlers vom 24. März 1933 erinnert, das die Reichsregierung zum Erlaß von Gesetzen befugte, die ebenfalls von der Verfassung abweichen konnten. Diktaturen bedienen sich eben selbst dann der gleichen Mittel, wenn sie ihre Existenz mit unterschiedlichen Ideologien motivieren.

Angesichts dieser erdrückenden Vollmachten sind die übrigen Reglementierungen nur noch von fast beiläufiger Wichtigkeit, obwohl sie vieles in den Schatten stellen, was in der Bundesrepublik jemals an Notstandsgesetzgebung Wirklichkeit werden könnte.

Zeigt dies nicht gerade den schrecklichen Umfang der durch das Gesetz eingeräumten Machtfülle? Folgende Anordnungen offenbaren dies in aller Deutlichkeit: Verpflichtung für den Luftschutzdienst, Überlassung oder Enteignung von beweglichen Sachen und Grundstücken, Arbeitsnormen dürfen staatlicherseits erhöht werden, Arbeitnehmer können auch außerhalb ihres Wohnortes zu Dienstverpflichtungen herangezogen werden, der Ministerrat darf Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen abweichend von den gültigen Gesetzen verfügen, und nicht zu vergessen, die teilweise harten Strafdrohungen bei Verstößen.

Wenn in der Bundesrepublik ein derartiges Ermächtigungsgesetz in Kraft treten würde, dann hätten Demokratie und Rechtsstaat ausgespielt. Abgesehen davon, daß es niemals mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren wäre, so würde es keinesfalls die Zustimmung der SPD erhalten und somit auch nicht das Bundesparlament passieren können. Vor diesem Hintergrund entpuppen sich die grundsätzlichen Proteste der kommunistischen SED und ihrer Trabanten gegen die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik als pure Verlogenheit. Es ist so, als wenn ein Dieb den ehrlichen Mann markiert. Die Anbiederungsversuche der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften sind daher peinlich und unehrenhaft. Verbirgt sich doch hinter ihnen das Bestreben, aus unlauteren Motiven taktische Vorteile zu ziehen.